



Niederschrift

75. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 12.09.2007
Sitzungsbeginn:	17:05 Uhr
Sitzungsende:	19:43 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	ab 17:33 Uhr
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	ab 17:15 Uhr
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE	ab 17:10 Uhr
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	bis 18:00 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI	
Herr Brödnö, Sven	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Kandt, Polizeipräsidium Potsdam
Herr Schröder, SV Babelsberg 03
Herr Richter, KIS
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 22.08.2007
- 2 Vorstellung des neuen Polizeipräsidenten
- 3 Zusammensetzung des Strom- und Gaspreises
Vorlage: 07/SVV/0347
Fraktion Die Andere
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Bericht aus der Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern
 - 4.2 Bericht zur Gestaltung des Areals "Speicherstadt"
 - 4.3 Sachstandsbericht zur Dauerausstellung "Hedwig Bollhagen"
 - 4.4 Bericht über den notwendigen Sanierungs- und Investitionsbedarf am Karl-Liebknecht-Stadion
gemäß Vorlage: 07/SVV/0491 und 07/SVV/0522
 - 4.4.1 Mitteilungsvorlage - Sicherung des Karl-Liebknecht-Stadions
Vorlage: 07/SVV/0658
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
 - 4.5 Sachstandsbericht - Schwimmhalle "Am Brauhausberg"
 - 4.6 Zwischenbericht zum aktuellen Stand der Umsetzung der Empfehlungen des "Battis-Berichtes"
Vorlage: 07/SVV/0657
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen
 - 4.7 Direktabrechnung Straßenreinigung; Synopse Straßenreinigung, Vergleich zwischen Landeshauptstadt Potsdam und Stadtwerke Potsdam
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 22.08.2007**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den Tagesordnungspunkt 3, Zusammensetzung des Strom- und Gaspreises, Vorlage: 07/SVV/0347, zurückzustellen, da die Mitteilungsvorlage 07/SVV/0720, Erstellung einer Übersicht über die Energieentwicklung in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls zurückgestellt wurde, mit der Maßgabe der Prüfung einer möglichen öffentlichen Behandlung. Darüber hinaus könne Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam, an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen. Auf Grund der Nichtteilnahme von Herrn Paffhausen schlage er im Weiteren vor, den Tagesordnungspunkt 4.5, Sachstandsbericht - Schwimmhalle "Am Brauhausberg" ebenfalls zurückzustellen und in die Tagesordnung des Hauptausschusses am 26.09.2007 aufzunehmen.

Seitens der Fraktionen Grüne/ B 90 und BürgerBündnis/FDP liegt ein Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um die Drucksache 07/SVV/0672, Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag über die Voraussetzungen zur Aufhebung des Vorhaben und Erschließungsplans Nr.12 "Freizeitpark Drewitz" und die Erschließung des Vorhabens Einrichtungshaus in Potsdam-Drewitz sowie Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 105 "Neuendorfer Straße/Gerlachstraße" vor und von der Fraktion DIE LINKE ein Antrag zur Aufnahmen des Themas Tierheim.

Frau Dr. Schröter spricht sich anschließend gegen eine Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 4.5 aus, da nicht nur Herr Paffhausen in der Lage sein werde, den aktuellen Sachstand zur Kenntnis zu geben. Darüber hinaus beantrage sie, den Pachtzins für Erholungsgrundstücke in die Tagesordnung aufzunehmen, da hierzu den Fraktionen am gestrigen Tag eine schriftliche Mitteilung zugegangen sei, die nicht in vollem Umfang dem Auftrag aus dem Hauptausschuss entspreche.

Herr Schüler spricht sich dagegen aus, da er noch keine Gelegenheit hatte, diese Information zur Kenntnis zu nehmen.

Ebenso spricht sich Herr Schubert dagegen aus sowie gegen die Aufnahme der DS 07/SVV/0672 und des Themas „Tierheim“, da die Hauptausschussmitglieder bisher davon keine Kenntnis hatten und somit die entsprechenden Vorlagen nicht in den Unterlagen haben. Er meine, es diskutiere sich konstruktiver auf Grundlage der entsprechenden schriftlichen Vorlagen und deshalb werde die Fraktion SPD dem nicht zustimmen.

Herr Schüler verweist darauf, dass die Behandlung der DS 07/SVV/0672 auch am 26.09.2007 erfolgen könne, da es den beantragenden Fraktionen darum gegangen sei, diese Vorlage überhaupt im Hauptausschuss behandeln zu können. Die Stadtverordnetenversammlung habe nur eine Überweisung in den Ausschuss für Stadtplanung und Bauen beschlossen.

Frau Dr. Müller betont, dass kaum eine Fraktion Gelegenheit hatte, sich mit der schriftlichen Information zu den Erholungsgrundstücken zu befassen. Ein Blick auf die vorliegenden Informationen zeige aber, dass nicht alles vorgelegt wurde,

was der Hauptausschuss gefordert habe. Deshalb halte die Fraktion DIE LINKE eine Verständigung zur Verfahrensweise für dringend geboten.

Auf die Bemerkung von Frau Dr. Schröter bezüglich der Informationen zum Brauhausberg verweist der Oberbürgermeister darauf, dass er sicher allgemeine Informationen zum Sachstand geben könne; eine detaillierte Erläuterung der Varianten und Prüfergebnisse könne jedoch nur Herr Paffhausen vornehmen.

Die vorgeschlagenen Änderungen zur Tagesordnung werden zur Abstimmung gestellt:

Die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 3 - Zusammensetzung des Strom- und Gaspreises, Vorlage: 07/SVV/0347- wird mit **Stimmenmehrheit angenommen**.

Die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 4.5, Sachstandsbericht - Schwimmhalle "Am Brauhausberg", wird mit 8 Ja-Stimmen bei 3-Nein-Stimmen **angenommen**.

Die Aufnahme des Themas „Tierheim“ wird mit 7 Nein-Stimmen, bei 5 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Die Aufnahme des Themas „Pachtzins für Erholungsgrundstücke“ wird mit 6-Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, **angenommen**.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 12 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, bestätigt.

Anschließend fragt Frau Dr. Schröter nach, warum das Thema „Tierheim“ nicht behandelt werden könne, da es in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung bereits Einwände bezüglich der Kündigung der Verträge gegeben habe. Der Oberbürgermeister verweist auf das Verfahren zurr Antragstellung der Erweiterung der Tagesordnung und die Ablehnung dieses Antrages. Darüber hinaus könne der Hauptausschuss auch nicht beschließen, denn die Vorlage wurde nur zur Beratung verwiesen. Daraufhin kündigt die Fraktion DIE LINKE an, dieses Thema unter dem Punkt „Sonstiges“ aufzurufen.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 74. Sitzung vom 22. August 2007 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 7-Ja-Stimmen, bei 7 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 2 Vorstellung des neuen Polizeipräsidenten

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Klaus Kandt, der seit Juli diesen Jahres als neuer Polizeipräsident auch für die Landeshauptstadt Potsdam zuständig sei. In einem gemeinsamen Gespräch vor ca. zwei Wochen habe man vereinbart, die heutige Sitzung zu nutzen, um sich dem Hauptausschuss vorzustellen.

Herr Kandt erläutert seinen persönlichen Lebenslauf; dienstlich sei er noch in der Orientierungsphase. Er betont, dass es trotzdem keine „Brüche“ geben werde und keine Unterschiede zur bisherigen Polizeiarbeit. Im Focus stehe derzeit Internes, wie z. B. die Umstellung des EDV-Systems und ein Großprojekt zur Flexibilisierung der Arbeitszeit, was er aus Frankfurt/Oder mitgebracht habe. Potsdam sei im Gegensatz zum etwas ruhigerem und durch die Grenze zu Polen geprägtem Frankfurt/Oder schneller und habe eine kleinteiligere politische Wahrneh-

mung und ein größeres Medieninteresse. Der Oberbürgermeister verweist anschließend darauf, dass Herr Kandt die Bereitschaft signalisiert habe, auch weiterhin für den jährlich Bericht im Hauptausschuss zur allgemeinen Lage zur Verfügung zu stehen; Gleiches gelte auch für aktuelle Fragen.

Herr Dr. Scharfenberg bittet um ausführlichere Ausführungen zu den Strukturveränderungen und deren Auswirkungen. Herr Kandt antwortet darauf, dass der Personalabbau und die Frage, wo und wie dieser passiere, der Ausgangspunkt der Diskussion sei. Dieser Prozess sei so „stark“, dass kein Bereich verschont bleiben werde – auch die Kriminalpolizei nicht. Zur Umsetzung seien verschiedene Modelle in der Diskussion. Für ihn sei wichtig, dass dabei herausragende Straftaten, wie Tötungsdelikte, rechte Straftaten oder Straftaten, die im Alltagsgeschäft nicht zu erledigen seien und mehr Kapazitäten binden, im Blick bleiben. Bis Ende September werde es dazu eine Empfehlung geben.

neu **Pachtzins für Erholungsgrundstücke**

Frau Dr. Schröter verweist eingangs auf die bereits erwähnte späte schriftliche Information und betont, dass in der heutigen Sitzung die Gelegenheit hätte genutzt werden können, um das zu besprechen. Darüber hinaus entspreche die ausgereichte Information nicht in vollem Umfang dem Auftrag aus dem Hauptausschuss. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass sich aus dem schriftlichen Material weiterer Klärungsbedarf ergebe. So erschließe sich für ihn nicht, wie der ortsübliche Pachtzins zustande komme. Im Weiteren sei eine Auflistung der 220 neu verpachteten Grundstücke nicht erfolgt – was aber deutlich machen sollte, wo diese angesiedelt seien und warum eine Verpachtung für 1,80 €/m² erfolgen konnte. Ebenso sei es für ihn fraglich, wie sich aus einer Spanne von 0,30 – 2,55 €/m² ein durchschnittlicher Wert von 1,80 €/m² ergebe. Dann habe der Kis damit argumentiert, dass die Stadt Brandenburg 2,40 €/m² nehmen würde; nach Rückfrage der Fraktion DIE LINKE wurde jedoch die Auskunft gegeben, dass eine Spanne von 0,75 – 2,40 €/m² gelte, was sich wiederum aus dem vorliegenden Material nicht ergebe. Er bitte, sowohl dazu Stellung zu nehmen als auch dazu, was in den vergangenen Wochen getan wurde, um diesbezüglich Aufklärung zu betreiben.

Herr Exner betont, dass die Frage im Hauptausschuss war, wie man auf einen durchschnittlichen Pachtzins von 1,80 €/m² komme und das sei mit den ausgereichten Informationen geschehen. Eigentlich müsse man richtigerweise von einer Spanne von 0,30 – 3,80 €/m² ausgehen; die kommunale Bewertungsstelle sage aber, der Höchstwert sei 2,55 €/m².

Anschließend stellt Herr Schüler einen **GO-Antrag** auf Vertagung dieses Themas auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses. Der Punkt sei nur unter dem Aspekt aufgenommen worden, dass die Fraktion DIE LINKE ihre Kritikpunkte anbringen könne und das sei jetzt geschehen.

Frau Dr. Müller bittet, in Vorbereitung der Sitzung am 26.09.2007 jedem Hauptausschussmitglied sowohl das schriftliche Material des KIS zur Verfügung zu stellen als auch den Brief des Verbandes Deutscher Grundstücksnutzer vom 23. August 2007.

Herr Schubert bittet, bis dahin auch den genannten Wert der Stadt Brandenburg und dessen Zustandekommen zu prüfen, um das vergleichbar zu machen.

Herr Dr. Scharfenberg fordert, „alles auf den Tisch zu legen“, da er den Eindruck habe, es werde nur das zur Kenntnis gegeben, was zwingend erforderlich sei. Die Fraktion DIE LINKE werde den auszureichenden Materialien auch einen Brief einer Familie aus Marquardt beifügen. Im Weiteren bestehe er auf der genannten

Auflistung der 220 seit 2004 neu verpachteten Grundstücke.

Der Oberbürgermeister weist den Vorwurf von Herrn Dr. Scharfenberg zurück. Die Verwaltung habe alle Informationen zur Verfügung gestellt und das gelte auch für weitere geforderte Informationen. An der Auflistung der 220 Grundstücke arbeite der KIS, so Herr Richter, da diese aber manuell erstellt werde, dauere dies ca. 6 – 8 Wochen, um sich durch die Verträge „durchzuarbeiten“. Das binde eine Vielzahl von Arbeitskraft und –zeit und es sei fraglich, ob das jetzt die wichtigste Aufgabe sei.

Der GO-Antrag von Herrn Schüler wird zur Abstimmung gestellt und mit Stimmenmehrheit **angenommen**, bei 5 Stimmenthaltungen.

Anschließend stellt Frau B. Müller fest, dass Herrn Richter keine Bewertung über die Angemessenheit einer Forderung aus dem Hauptausschuss zustehe.

zu 3 Zusammensetzung des Strom- und Gaspreises

Vorlage: 07/SVV/0347

Fraktion Die Andere

zurückgestellt bis 26.09.2007

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Bericht aus der Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern

Der Oberbürgermeister berichtet, dass in der Beratung mit den Ortsbürgermeistern die DS 07/SVV/0651, Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen zu Bauleitplänen der Verbindlichen Bauleitplanung und zu sonstigen Satzungen nach BauGB, diskutiert wurde, die in den nächsten Wochen in den Ortsbeiräten zu beraten sei. Im Weiteren ging es um das ILE-Programm, welches derzeit überarbeitet werde und damit die Hoffnung bestehe, dass die abgelehnten Förderanträge doch wieder aufgenommen werden. Bisher gab es die Befürchtung, dass die Ortsteile der Stadt Potsdam in diesem Programm gar nicht mehr berücksichtigt werden würden, was nach einem Gespräch im zuständigen Ministerium aber geklärt werden konnte. Ein weiteres Thema waren die Investitionen nach 2008 und die damit auslaufenden Verträge. Den Ortsbürgermeistern wurde zugesichert, dass die angefangenen „Dinge“ auch nach 2008 zu Ende gebracht werden. Diskutiert wurde über die so genannten Ausbaubeiträge, die entsprechend der Verträge an die Ortsteile zurückgeführt wurden. Dieser Sonderstatus sei mit Auslaufen der Verträge beendet.

Im Weiteren ging es um die Kommunalwahl 2008; hier werde es wahrscheinlich für den Ortsbeirat Golm auf Grund der höheren Einwohnerzahl mehr Mitglieder im Ortsbeirat geben (bisher 5 – dann 9). Informiert wurde über die Änderung von Straßennamen und das Verfahren der Spenden sowie die Sicherung von Internet-Domänen.

Frau Dr. Müller bittet, dem Protokoll die Information beizufügen, um welche Förderanträge es sich handle, die abgelehnt wurden. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, welche Gründe es für die Ablehnung gegeben habe, antwortet der Oberbürgermeister, dass dies an der geänderten Förderpraxis des Landes gelegen habe, die sich zu diesem Zeitpunkt auf den Schwerpunkt der Förderung gewerblicher Maßnahmen konzentriert habe. Das soll sich mit der Überarbeitung des Programms wieder relativieren. Im Weiteren fragt Frau Dr. Schröter, ob die Investitionen nach 2008 mit gleichem Maßstab wie bisher betrieben werden, ob

Projekte und eine „Vorschau“ besprochen worden sei. Der Oberbürgermeister verweist auf die von den Ortsbeiräten beschlossenen Prioritätenlisten, die in den Haushaltsplanungen 2009 und folgende zu Grunde gelegt und geprüft werden.

zu 4.2 Bericht zur Gestaltung des Areals "Speicherstadt"

Frau Dr. von Kuick-Frenz berichtet über derzeitige Verhandlungen mit den 3 Eigentümern/Investoren. Im November werde die Verwaltung eine entsprechende Vorlage zur Diskussion in die Stadtverordnetenversammlung einbringen. Erste Bauanträge seien bereits gestellt und sie gehe davon aus, erste Genehmigungen noch in diesem Jahr erteilen zu können. Im Weiteren geht sie auf den unterschiedlichen Konkretisierungsstand der Nutzungen im Süden und im Norden des Areals ein sowie auf die im Plangebiet vorhandene Trinkwasserschutzzone, eine zu schaffende Fußwegverbindung und einen öffentlichen Uferweg.

In der sich anschließenden Diskussion fragt Frau Dr. Schröter nach, ob es zu dem Paket der Anträge zum Brauhausberg der Fraktion SPD schon Überlegungen und Gespräche gebe. Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist darauf, dass dieses Paket Anträge in zwei Wochen im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen konkretisiert und Entwicklungsschwerpunkte herauskristallisiert werden. Zu berücksichtigen sei, dass die Gesamtentwicklung im Auge behalten und Einzelprojekte, die weit fortgeschritten seien, nicht behindert werden.

Herr Brödnö fragt, wer die drei genannten Eigentümer seien und ob es Änderungen in der Verkehrsführung am Leipziger Dreieck geben werde. Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist auf eine bisher zurückgestellte Einbahnstraßenregelung und kündigt eine rechtzeitige Information an, „wenn etwas passiert, was passiert und warum“. Als Eigentümer benennt sie die Pro Potsdam, die Prinz von Preußen Grundstücks AG und Speicherstadt GmbH.

Herr Schubert verweist eingangs darauf, dass laut Information von Herrn Mühlberg die Trinkwasserschutzzone nicht so weit gefasst sei, wie bisher angegeben. Er betont, dass die SPD-Anträge die Entwicklung in der Speicherstadt und auch auf dem Gelände des ehemaligen RAW nicht behindern sollen. In Verhandlungen mit den Stadtwerken sollte geprüft werden, ob eine Weiterführung des Uferweges vom Leipziger Dreieck über das Gelände des Wasserwerkes Leipziger Straße bis zum Tornow möglich sei. Er meine, es wäre schön gewesen, wenn die in der Presse veröffentlichten Zeichnungen zur Entwicklung des Geländes auch dem Hauptausschuss vorgestellt worden wären.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass sich die SPD-Anträge teilweise mit der jetzigen Planung überschneiden und somit nicht alle realisierbar seien. Frau Dr. von Kuick-Frenz bittet, die Diskussion im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen und eine eventuelle Konkretisierung des einen oder anderen Antrags abzuwarten.

zu 4.3 Sachstandsbericht zur Dauerausstellung "Hedwig Bollhagen"

Frau Dr. von Kuick-Frenz berichtet, dass der Nachlass von Hedwig Bollhagen zum beweglichen Denkmal erklärt wurde und sich eine Hedwig-Bollhagen-Stiftung und eine Gesellschaft gegründet habe. Ziel der Hedwig-Bollhagen-Gesellschaft sei die Schaffung einer Dauerausstellung. Als Museumshaus sei die Hermann-Elflein-Straße 3 vorgesehen. Dazu werde sie den Stadtverordneten im November eine entsprechende Beschlussvorlage vorlegen, da dieses Projekt auch finanzielle Auswirkungen haben werde, worüber in der Stadtverordnetenversammlung zu entscheiden sei.

Vorgesehen sei die Einrichtung einer Dauerausstellung im ersten Geschoss. Die

drei Räume im Erdgeschoss sollen eine Wechselausstellung beherbergen. Problematisch sei, dass es in diesem Haus kein Wasser, kein Strom und keine Heizung gebe und das Haus mit Lehm verputzt sei, was es nur halbjährlich nutzbar mache. Mit der Hedwig-Bollhagen-Gesellschaft werde derzeit über die Betriebskosten und die Mietzahlung verhandelt, da es sich hier um städtisches Eigentum handele.

Frau Dr. Schröter fragt nach der finanziellen Größenordnung, die vom Betreiber erwartet werde. Frau Dr. von Kuick-Frenz benennt ca. 15.000 € für die Betriebskosten; zur Höhe der Miete wolle sie mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhandlungen keine Angaben machen.

Herr Schüler meint, es sei verdienstvoll von der Stadt, den Nachlass übernommen zu haben und er sehe es als selbstverständlich, dass dieser nun auch der Öffentlichkeit repräsentativ zugänglich gemacht werde.

zu 4.4 Bericht über den notwendigen Sanierungs- und Investitionsbedarf am Karl-Liebknecht-Stadion gemäß Vorlage: 07/SVV/0491 und 07/SVV/0522

zu 4.4.1 Mitteilungsvorlage - Sicherung des Karl-Liebknecht-Stadions Vorlage: 07/SVV/0658

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Frau Fischer erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage und den in der Anlage beigefügten Maßnahmenkatalog sowie die in den finanziellen Auswirkungen dargestellten Anteile der Stadt mit 160.000 € aus Hauptstadtmitteln und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport mit 100.000 €. Die mit den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung 07/SVV/0491 und 07/SVV/0522 erteilten Aufträge an die Verwaltung seien umgesetzt. Der beigefügte Maßnahmenkatalog entspreche dem im Punkt 3 geforderten Konzept mit den erforderlichen Sanierungsmaßnahmen.

Anschließend erhält Herr Schröder, Vorstandsmitglied des SV Babelsberg 03, das Rederecht. Herr Schröder dankt der Stadt und dem Land für die bisherige Unterstützung und informiert, dass nach einer Neuberechnung nun 10.500 Zuschauerplätze vorhanden und damit die Auflagen erfüllt seien. Mit der Abarbeitung des Maßnahmenkatalogs habe man die derzeitigen Auflagen erfüllt, womit die Sanierung jedoch nicht abgeschlossen sei. Abschließend bittet Herr Schröder um Unterstützung für den Bau eines vorgeschriebenen Gehweges entlang der Allee nach Glienicke als Voraussetzung für die Errichtung von Kassenhäuschen. Für diese sei das Geld vorhanden, für den Gehweg jedoch nicht.

Der Oberbürgermeister verweist auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land und auf eine für Oktober bereits vorgesehene weitere Abstimmungsrunde an seinem Tisch. Frau Fischer ergänzt, dass die aufgeführten Maßnahmen erste Schritte seien; die Sondierung weiterer Maßnahmen jedoch Zeit brauche.

Frau Dr. Müller fragt nach der Umsetzung der im Punkt 1 des o.g. Beschlusses festgelegten unbefristeten Genehmigung der Flutlichtanlage. Dies, so der Oberbürgermeister, werde auch in der Abstimmungsrunde am 02. Oktober besprochen.

Herr Schubert bittet, bis zum Januar 2008 die Maßnahmen für eine Komplettsanierung aufzulisten.

zu 4.5 Sachstandsbericht - Schwimmhalle "Am Brauhausberg" zurückgestellt bis 26.09.2007

zu 4.6 **Zwischenbericht zum aktuellen Stand der Umsetzung der Empfehlungen des "Battis-Berichtes"**

Vorlage: 07/SVV/0657

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen

Frau Dr. von Kuick-Frenz berichtet, dass die Untere Denkmalschutzbehörde in der Zeit vom 27.08. – 30.08.2007 in das Haus 1 umgezogen und mit den anderen Baubereichen nunmehr zusammengelegt sei. Dies werde in ca. 1 – 2 Wochen auch noch öffentlichkeitswirksam vorgestellt. Im Weiteren werden ab der nächsten Woche die Fortbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter im allgemeinen und besonderen Verwaltungsrecht, so u.a. zum Akteneinsichts-, Planungs-, Städtebau- und Bodenrecht sowie ein Lehrgang zur Kommunikation beginnen. Am 24.09.07 sei ein Workshop zum Verwaltungsverfahrensgesetz geplant.

Die Zusammenarbeit mit *complan* sei sehr gut; leider könne Herr Drost heute nicht persönlich anwesend sein.

Bezüglich personalwirtschaftlicher Maßnahmen sei eine zusätzliche Stelle für das denkmalrechtliche Steuerwesen geschaffen worden, die ab 2008 besetzt werden solle. Derzeit habe man als „Notprogramm“ der jetzt dafür allein zuständigen Sachbearbeiterin eine Kollegin für „Regeltätigkeiten“, wie z.B. die Ausfertigung von Schriftstücken, an die Seite gestellt.

In einer Vorlage für den Hauptausschuss am 24. Oktober 2007 werde über diese und weitere Maßnahmen ausführlicher berichtet.

Frau Dr. Schröter fragt nach, ob es ein Problem darstelle, dass die zur Verfügung stehende Fläche nach dem Umzug kleiner sei und ob die tägliche Arbeit bei der Vielzahl von Workshops, Seminaren und Coachings zu schaffen sei.

Die zur Verfügung stehenden Räume, so Frau Dr. von Kuick-Frenz seien ausreichend. Allerdings habe man noch nicht alle Akten ausgepackt und es müsse ein Weg für deren Unterbringung gefunden werden. Hier sei jedoch noch nach Aktenart zu unterscheiden. Bezüglich der zweiten Frage betont Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass die Mitarbeiter hoch motiviert seien, nach dem „Kritik-Frühjahr“ und „Kritik-Sommer“, alle Probleme zu lösen.

zu 4.7 **Direktabrechnung Straßenreinigung; Synopse Straßenreinigung, Vergleich zwischen Landeshauptstadt Potsdam und Stadtwerke Potsdam**

Frau E. Müller verweist auf den Wunsch der Fraktion DIE LINKE in der Hauptausschusssitzung am 11. Juli 07, diesen Punkt zurückzustellen. Herr Dr. Scharfenberg erinnert daran, dass dies deshalb beantragt wurde, weil die Synopse als Tischvorlage ausgereicht wurde und dieses anspruchsvolle Material somit nicht ausreichend studiert werden konnte. Für ihn ergebe sich der Eindruck, dass das Thema für die Verwaltung „völlig vom Tisch“ sei und fragt Frau E. Müller, ob das zutreffe. Frau E. Müller antwortet darauf, dass man nicht sagen könne, es sei „völlig vom Tisch“, nur mit der derzeitigen personellen Situation und den entstehenden Schnittstellen sei eine Übertragung der Abrechnung an die Stadtwerke derzeit nicht zu empfehlen - dies könne man sich ggf. zu einem späteren Zeitpunkt neu ansehen.

Herr Schüler meint, aus der Synopse ergebe sich eindeutig, dass die Direktabrechnung keine Vorteile bringe und dann sollte man das auch nicht machen. Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass der Ausgangspunkt für die Überlegung die erheblichen Schwierigkeiten bei der Abrechnung der Gebühren gewesen sei und man die Erfahrungen der Stadtwerke nutzen wollte. Er meine, es sei schon zu

empfehlen, diese zu nutzen und nach einem Testverfahren das Thema wieder neu aufzurufen. Frau E. Müller spricht sich gegen diesen Vorschlag aus, weil das auch die Übermittlung von Testdaten und einen erheblichen Aufwand bedeute. Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass es sich bei dem Beschluss der StVV um einen Prüfauftrag handle und die Ergebnisse mit der Empfehlung vorliegen, derzeit die Abrechnung nicht an die Stadtwerke zu übertragen. Das müsse nicht immer so bleiben und so schlage er vor, das Thema in einem Jahr erneut aufzurufen. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

neu Haushaltssatzung 2007

Herr Exner informiert über den vorliegenden Entwurf der Genehmigung der Haushaltssatzung 2007. Er habe namens der Landeshauptstadt auf eine Anhörung verzichtet, so dass davon auszugehen sei, dass eine Genehmigung in Kürze und eine Veröffentlichung im Amtsblatt Oktober erfolgen werde. Die Kommunalaufsicht habe die Auflage erteilt, nicht umgesetzte Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept 2007 mit dem Jahresabschluss zu begründen. Im Weiteren habe die Aufsichtsbehörde das um fünf Jahre auf 2015 verschobene Konsolidierungsziel anerkannt.

zu 5 Sonstiges

Veröffentlichung der Stellenausschreibung Werkleiter KIS

Frau Dr. Müller bezieht ihre Nachfrage auf die Information im letzten Hauptausschuss, dass die Ausschreibung der Stelle „Werkleiter KIS“ in der letzten Woche erfolgen sollte und fragt nach, ob dies realisiert sei und wenn ja, wo.

Herr Exner antwortet darauf, dass der Text in der Schlussabstimmung mit dem Vorsitzenden des Werksausschusses des KIS sei und am morgigen Tag veröffentlicht werde. Weitere Informationen dazu könne er im nicht öffentlichen Teil geben.

Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass es einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung gebe und eine Zusage aus dem letzten Hauptausschuss und trotzdem sei wieder viel Zeit vergangen. Er habe den Eindruck, die Verwaltung entscheide selbst, welche Beschlüsse umgesetzt werden und welche nicht – damit sei er nicht einverstanden.

Tierheim

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass der Dringlichkeitsantrag deshalb in den Hauptausschuss überwiesen wurde, weil er den Eindruck hatte, dass er sonst abgelehnt worden wäre und im Ausschuss eine Verständigung möglich sei. Heute gehe es auch nicht um die Behandlung des Dringlichkeitsantrages, sondern um eine Verständigung zum Verfahren. Der Oberbürgermeister habe in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung informiert, dass er den Vertrag mit dem Tierschutzverein fristgerecht zum Monatsende kündigen werde, er fragt den Oberbürgermeister, ob er auch bei einer anders lautenden Empfehlung des Hauptausschusses daran festhalten werde. Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass die Verwaltung eine Mitteilungsvorlage vorgelegt habe und darin zu lesen sei, wie die Verwaltung zu handeln gedenke. Die Kündigung sei die Voraussetzung für eine Neuordnung. Der Hauptausschuss könne nicht beschließen, das hätte in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen müssen.

Herr Dr. Scharfenberg stellt fest, dass daraus abzuleiten sei, dass der Oberbürgermeister entgegen einer Empfehlung des Hauptausschusses handeln werde. Er meine, der Oberbürgermeister hätte diese Angelegenheit an der Stadtverord-

netenversammlung vorbei „an sich gerissen“, was bezeichnend für seinen Umgang mit der Stadtverordnetenversammlung sei.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er nicht auf hypothetische Entscheidungen reagieren könne, denn noch habe der Hauptausschuss keine Empfehlung gegeben und er frage sich, woher Herr Dr. Scharfenberg die Zuversicht nehme, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE mehrheitsfähig sei.

Dies, so Herr Dr. Scharfenberg, sei keine Hypothese, denn laut Presseberichten gebe es eine breite Übereinstimmung der Fraktionen bei der Frage des Tierheims.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass er fristgemäß den Vertrag mit dem Tierheim kündigen werde.

Feldversuch Zeppelinstraße

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, welche Möglichkeiten es gebe, von diesem Feldversuch Abstand zu nehmen und auf die Behinderungen im Straßenverkehr zu verzichten.

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert, dass es sich bei dem Feldversuch um ein gemeinsames Projekt mit dem Land Berlin handele, welches im Jahr 2004 Potsdam angefragt habe, ob es sich daran beteiligen wolle. Ziel sei es, Daten zur Verbesserung des computergestützten Verkehrsmanagements zu erhalten. Sicher könne man auf einen der beiden Feldversuche verzichten, was aber einen Imageverlust bedeute. Möglich wäre auch eine Beschränkung auf nur 3 statt der geplanten 5 Wochen und eine Verschiebung des Zeitraumes auf den Ferienbeginn.

Herr Schubert fragt, warum die entsprechende Vorlage erst kurzfristig im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen behandelt wurde und nicht schon lange vorher. Im Weiteren wolle er wissen, ob bei einem Verzicht auf den Feldversuch nur ein Imageverlust oder auch ein finanzieller Schaden entstehe. Herr Schüler bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, wie gegensätzlich die Position einiger Redner sei, die bei der Direktabrechnung der Straßenreinigungsgebühren auf verzichtbare Informationen bestehen und beim Feldversuch, bei dem die Daten dringend gebraucht werden, sich dagegen aussprechen. Frau Dr. Schröter merkt an, dass gerade die Zeppelinstraße durch diverse Baumaßnahmen stark beansprucht sei und dies für die Anwohner und die Autofahrer, die „da durchfahren müssen“, eine erhebliche Belastung darstelle. Im Zusammenhang mit der Verkehrsführung über die Lange Brücke und Breite Straße waren vielfältige Verkehrssimulationen möglich; sie frage sich, warum das nicht genutzt werde. Sie sei auch für wissenschaftliche Erkenntnisse, aber die unmittelbar Betroffenen müssen das auch aushalten können. Frau B. Müller fragt, wie man sich z.B. ein Linksabbiegen in die Nansenstraße vorstelle, wenn nur eine Spur zur Verfügung stehe.

Frau Dr. von Kuick-Frenz räumt ein, dass die Information mehr als unglücklich gelaufen sei und das Problem durch die Baustelle des ViP und des Unfalls am Mittwoch letzter Woche noch verstärkt wurde. Die Informationen hätte besser, früher und umfangreicher erfolgen müssen. Sinn und Zweck dieses Feldversuchs sei die Entwicklung von Computerprogrammen, die die Stauentwicklung beeinflussen können. Man wolle eine Bevorzugung des ÖPNV austesten und ein Verkehrsmanagement für besondere Ereignisse entwickeln. Bisher seien Computer eben nicht in der Lage, dies zu beeinflussen. Man müsse aber auch berücksichtigen, dass das eine das subjektive Stauempfinden sei und das andere die objektive Stauentwicklung. Bezüglich der Kosten seien 178.000 € Fördermittel des Bundes geflossen und weitere 200.000 € aus dem Programm zum Ausbau der Infrastruktur des ÖPNV.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass er im Ergebnis der Diskussion feststelle, dass die Sinnhaftigkeit des Feldversuchs in Frage gestellt werde und es Betroffenheit bei den Anwohnern und Autofahrern gebe. Für ihn sei die Frage, wie man sich damit auseinandersetze. Frau Dr. von Kuick-Frenz schlägt vor, den Versuch um zwei Wochen zu verschieben und auf ein Mindestmaß zu beschränken. Eine weitere Verschiebung halte sie für nicht machbar, da der Versuch nur bis Februar 2008 laufe und in den Wintermonaten mit zahlreichen Beeinträchtigungen zu rechnen sei. Bezüglich des finanziellen Schadens informiert sie, dass bereits ein Bündel von Maßnahmen umgesetzt wurde und Technik für Verkehrslichtsignalanlagen angeschafft wurden.

Der Oberbürgermeister legt fest, dass der Fördermittelbescheid noch einmal geprüft werde, ebenso die Orte für den Feldversuch und die Möglichkeit einer Verschiebung. Bevor der Hauptausschuss nicht diese Informationen erhalten habe, werde mit dem Versuch nicht begonnen.

Straßenausbau – Rote-Kreuz-Straße

Bezüglich der Umlage der Kosten, so Herr Schubert, habe es seitens der Anwohner entsprechende Widersprüche gegeben, die auch beantwortet wurden, allerdings ohne auf die inhaltlichen Einwendungen zu reagieren. Er bittet, in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses dazu Stellung zu nehmen.

Mehrzweckhalle

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach dem Vorbereitungsstand der Mehrzweckhalle Luftschiffhafen. Seitens des Landes sei er darauf aufmerksam gemacht worden, dass dieser unbefriedigend und problematisch sei. Er fordere die Verwaltung auf, die Vorbereitungen zügig zu treffen, da 2009 die Halle bereits fertig gestellt sein soll. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er sich frage, wie das Land zu einer derartigen Bewertung komme. Für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Oktober sei eine entsprechende Vorlage in Vorbereitung, die dann die Diskussionsgrundlage bilde.

Die Frage von Herrn Schubert, ob die Überlegung, die Mehrzweckhalle nicht am Luftschiffhafen, sondern am Brauhausberg zu bauen, „vom Tisch“ sei, beantwortet der Oberbürgermeister mit ja.